

I 015/2009 STA

25. Februar 2009

STA C

Interpellation

0 2 4 9 Etter, Treiten (BDP)

Weitere Unterschriften: 0

Eingereicht am: 19.01.2009

Berner Presselandschaft im Umbruch?

Die Medienlandschaft im Allgemeinen und die bernische Presse im Speziellen befinden sich in äusserst schwierigen Situationen. Der Inseratemarkt ist wegen der Finanzkrise und wegen der stagnierenden Wirtschaft stark rückläufig. Die Abonnentenzahlen stagnieren und die Konkurrenz der Gratisblätter ist beträchtlich.

Die „Berner Zeitung“ BZ wird mehrheitlich von der TA Media aus Zürich kontrolliert. Für den „Bund“, welcher der Espace Media Group gehört und damit ebenfalls von der TA Media AG kontrolliert wird, stehen grosse Veränderungen oder sogar eine Einstellung bevor. Das „Bieler Tagblatt“ meldet Restrukturierungen mit grösseren Einsparungen und Stellenreduktionen an. Mit zunehmendem Kostendruck ist auch die französische Ausgabe in Biel, das „Journal du Jura“ in der heutigen Erscheinung, gefährdet. Die Berner Presselandschaft ist in Gefahr! Eine freie und unabhängige Berichterstattung aus dem Kanton Bern ist – nach meiner Meinung – in Zukunft nicht mehr gewährleistet.

Fragen:

- Welche Schlussfolgerungen zieht der Regierungsrat aus der Tatsache, dass die beiden grössten bernischen Tageszeitungen von einem Zürcher Verlag kontrolliert werden?
- Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass die Unabhängigkeit der Berner Medien in Zukunft problematisch sein wird?
- Ist eine unabhängige Medienarbeit und damit eine objektive Berichterstattung im Kanton Bern unter den oben beschriebenen Voraussetzungen noch möglich?
- Was unternimmt der Regierungsrat, um eine objektive Berichterstattung aus dem Kanton Bern langfristig zu gewährleisten?
- Wurde der Regierungsrat bei den Entscheiden betreffend den Veränderungen bei den grossen bernischen Tageszeitungen involviert?
- Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat für die Gewährleistung einer eigenständigen, bernischen Medienberichterstattung?

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Gewährt: 26.01.2009

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat beobachtet die Entwicklungen in der schweizerischen Medienlandschaft aufmerksam und hat sich in den vergangenen Jahren an geeigneter Stelle immer wieder für die Meinungsvielfalt eingesetzt, weil sie eine wichtige Grundlage für den demo-



kratischen Diskurs bildet. Aktiv tätig war die Regierung insbesondere im Bereich der elektronischen Medien, wo sie das gesetzlich verankerte Anhörungsrecht der Kantone bei Veränderungen oder neuen Projekten im Radio- und Fernsehbereich wahrnimmt.

Die Medienlandschaft war in den letzten Jahrzehnten auch im Kanton Bern markanten Veränderungen unterworfen. Dazu beigetragen haben internationale Entwicklungen und

Tendenzen, der Einsatz neuer Technologien, das Aufkommen von Gratiszeitungen sowie medienpolitische Veränderungen in der Schweiz wie zum Beispiel die vor 25 Jahren eingeleitete Liberalisierung im Bereich der elektronischen Medien. Raschen und grossen Einfluss auf die Verlagshäuser hat zudem die wirtschaftliche Entwicklung. Der Abbautrend auf den Redaktionen hat sich in den letzten Monaten unter dem Eindruck der Finanzkrise akzentuiert.

Im Bereich der Printmedien gelten die Regeln der freien Marktwirtschaft. Deshalb beschränkt sich die Kantonsregierung hier auf das Schaffen guter Rahmenbedingungen. Die lokale und regionale Meinungsvielfalt wird vielerorts durch periodisch erscheinende Printpublikationen bereichert. Dies gilt heute auch für das Tätigkeitsgebiet der Espace Media Group, deren Erzeugnisse im redaktionellen Bereich in Konkurrenz stehen, wie das Beispiel von *Berner Zeitung* und *Der Bund* zeigt. Der Regierungsrat stellt zudem fest, dass die elektronischen Medien der SRG SSR idée suisse im ganzen Kanton ein Informationsangebot bereitstellen, das zusammen mit den Angeboten der privaten Regionalradios und -fernsehen einen wichtigen Beitrag zur Meinungsvielfalt darstellt. Der Regierungsrat stellt mit Befriedigung fest, dass diese Vielfalt der elektronischen Medien im Kanton Bern auch nach der Vergabe der neuen Konzessionen gewährleistet ist.

Mit Blick auf die oben ausgeführte momentane Medienvielfalt im Kanton Bern ist die angekündigte Konzentrationsbestrebung im Pressebereich allerdings besorgniserregend.

Zur Frage 1:

Die Espace Media Group gehört zu 100% der Tamedia AG. Die Regierung hat deshalb im Dezember 2008 dem Verwaltungsrat der Tamedia AG in einem Brief mitgeteilt, dass sie es als wichtig erachte, dass in der Hauptstadt Bern weiterhin zwei Tageszeitungen mit eigenständigen Redaktionen das politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Geschehen journalistisch eng begleiten. Die Regierungspräsidentin hat diesen Appell an den Verwaltungsrat der Tamedia AG an ihrer Medienkonferenz zum Jahresbeginn öffentlich gemacht.

Zur Frage 2:

Wenn es der neuen Mehrheitsaktionärin gelingt, im Kanton Bern neben der Berner Rundschau und dem Bieler Tagblatt weiterhin zwei deutschsprachige Tageszeitungen mit eigenständigen Redaktionen zu erhalten, wäre das Anliegen des Regierungsrates und der rund 11'000 Bernerinnen und Berner, die bis heute die Petition „Rettet den Bund“ unterzeichnet haben, erfüllt.

Zur Frage 3:

Der Regierungsrat legt Wert darauf, dass die Medien in der Berichterstattung frei und unabhängig sind. Er wird seine Kommunikationstätigkeit nach den Bestimmungen der Informationsgesetzgebung weiterführen.

Zur Frage 4

Die Bundesverfassung garantiert die Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die Medienfreiheit. Diese Freiheiten hat auch der Regierungsrat zu beachten. Es ist nicht seine Aufgabe, die Objektivität der Berichterstattung in den Medien zu gewährleisten.

Zur Frage 5:

Der Regierungsrat wurde bei den Entscheiden über die Veränderungen der Besitzesverhältnisse der Espace Media Group nicht beigezogen.

Zur Frage 6:

Der immer grössere wirtschaftliche Druck macht es für die Medienverlage immer schwieriger, ohne Expansionen oder Zusammenschlüsse ihren Printerzeugnissen das Überleben sichern zu können. Die Möglichkeiten einer Kantonsregierung, diesen Prozess zu beeinflussen, sind in einer marktwirtschaftlich orientierten Medienlandschaft beschränkt. Der Regierungsrat wird sich – wie eingangs beschreiben – im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin für die Medienvielfalt einsetzen. Er wird auch in Zukunft den freien und unentgeltlichen Zugang zu den Informationen des Kantons Bern gewährleisten. Und er wird bei seiner Kommunikation die geeigneten Kommunikationsinstrumente einsetzen.

An den Grossen Rat